



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

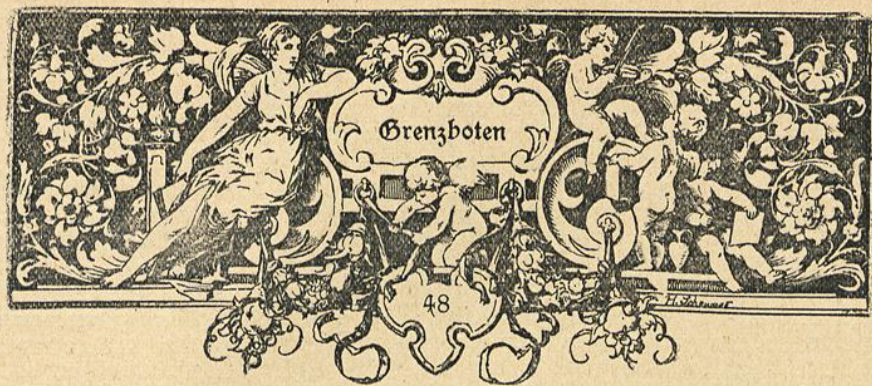
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Boehm, Max Hildebert: Nationalversammlung und Parteien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationalversammlung und Parteien

Von Dr. Mag Hildebert Boehm



Die große deutsche Nationalversammlung, deren Zusammentritt alle bürgerlichen Parteien und zugleich auch die Mehrheit der Sozialisten fordern, wird die weltgeschichtliche Probe auf das Exempel der deutschen Revolution von 1918 zu liefern haben. Denn in ihr erst wird sich entscheiden, ob das deutsche Volk diejenige politische Reife tatsächlich besitzt, die es sich zuerkennt, indem es die letzten Reste der Bevormundung durch den dualistischen Staat gewaltsam abschüttelt, die große Frage der deutschen Zukunft den Händen jenes bürokratisch-militaristischen „Hauptausschusses“, seiner bisherigen Regierung einschließlich der bisherigen verfassungsmäßigen Volksvertretung, entreißt und sie dem „Plenum“ der ganzen deutschen Nation selbst über die bisherigen Reichsgrenzen hinaus vorlegt. Drohte nicht dauernd am Horizont das Gespenst des roten Terrors: auch die Kreise, die nicht auf dem Boden der sozialistischen Parteidoktrin stehen und die durch tiefgewurzelte Gefühle mit dem gestürzten monarchisch-autoritären Staatssystem verwachsen sind — auch sie empfinden heute etwas von jenem Kraftgefühl, wie es den ganzen Leib durchströmt, wenn man aus dem engen Gewinkel der Stadt in die lichte Weite von Wiese und Feld hinaustritt. Man fühlt Raum um sich, Spielraum und Blickfeld des politischen Wollens. Die Krücken politischer Vorzugsrechte sind uns Bürgerlichen recht unsanft aus der Hand gerissen, das zahlenmäßige Übergewicht der Massen macht uns die Selbstbehauptung nicht leicht. Wir sollten nicht zu laut lamentieren, daß dieser Mechanismus gegen uns aufsteht: den kapitalistischen Mechanismus, der auf weiter Strecke für uns arbeitete, haben wir uns gut und gerne gefallen lassen, obgleich er für jene, die andern, die heute das Heft in den Händen haben, das böse Weltprinzip schlechthin bedeutete, für sie, die von jenem grauenhaften Mechanismus zermürbt und entmenscht werden.

Es ist gut, daß die Stunde es uns nicht leicht macht. Denn nun muß es sich zeigen, ob es tatsächlich nur die Schlafwagen und Polsterwaggons des Privilegienstaates waren, die uns gemächlich und mühelos von der Stelle brachten, oder ob wir, wie die Besten unter uns — sie waren nicht immer die mächtigsten im wilhelminischen Deutschland — zuversichtlich glauben und vertrauen, noch selber kräftige Beine haben, die sich getrost auch dann zum Wettlauf stellen können, wenn ihnen nicht ein Vorsprung von beträchtlichem Ausmaße von vornherein gewiß ist. Aber auch ohne roten Wahlterror von seiten der deutschen Ableger des Bolschewismus: leicht ist die Aufgabe nicht, die dem Bürgertum bevorsteht. Und es gilt deshalb, sehr ernsthaft und rechtzeitig die Frage zu erwägen, wie weit die bestehenden politischen Organisationen methodisch geeignet und aus-

reichend sind, um der großen Aufgabe zu genügen: ohne kleinliche Zersplitterung aber auch ohne matte Verwaschenheit die Lösungstypen der deutschen Verfassungsfrage, die das deutsche Bürgertum vorschlägt, in entschiedenen gewichtigen und geschlossenen Stimmkomplexen in die Wagschale zu werfen.

Ist diese Aufgabe klar und deutlich als die entscheidende erkannt, so müssen sich lebhafteste Zweifel regen, ob das überkommene Parteiystem ihr gewachsen ist. Wenn Clausenitz den Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nannte, so könnte man die Revolution, in der wir stehen, als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnen. Man hat schon im Kriege unsere überkommene Parteiung versagt oder hat sich doch nur sehr notdürftig der neuen Problematik angepaßt. Der Revolution vollends steht sie schon deshalb noch hilfloser gegenüber, weil sie bis auf die äußerste Linke grundsätzlich antirevolutionär war. Und nachdem sogar der „Vorwärts“ noch vor ganz kurzem erklärt hat, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sei überzeugt monarchistisch gesinnt, nachdem die „Frankfurter Zeitung“ und ihre Gesinnungsgenossinnen durch vier Kriegsjahre sich als Stütze von Thron und Altar aufgerippt haben, nach allem wirkt es etwas komisch und nicht sehr würdig, mit welcher unverfrorener Selbstverständlichkeit die bürgerliche Linke ihre monarchistische Linke von gestern — es scheint wirklich, daß es nur eine solche war — mit dem republikanischen Sansculottenkostüm vertauscht hat: nach einer Revolution wohlverstanden, die dies Bürgertum weder „gewollt“ noch ins Werk gesetzt hat, bei der es lediglich die höchst unerfreuliche Rolle des halb neugierigen, halb ängstlichen Zuschauers gespielt, höchstens sich gelegentlich heldenmütig als Claqueur betätigt hat, wenn die Allzuvielen gegen einen gestern umjubelten Großkottav oder Duodezdynasten „kreuziget ihn“ schrien. Sollte es sich mit dem Umlernen im November 1918 nicht ähnlich verhalten wie im August 1914, wo der neunmal gescheite Brüsig auch bald einsah, daß er zwar mit der Fügigkeit, der bedächtige Karl Habermann aber mit der Richtigkeit vornean war. Vor Brüsig, vor allen, die um Himmels willen nur immer auf der Höhe sein wollen, haben die Spartakusleute keine Angst, diesen Bourgeoisstypus verachten sie gründlich und mit Recht. Den anderen fürchten sie und wollen ihn mundtot machen, und darum wollen wir von der Rechten dafür eintreten, daß Karl Habermann, der eine schwere Zunge, einen geraden Sinn, einen bedächtigen gesunden Verstand und ein treues deutsches Herz im Leibe hat, sein allzu reichlich bemessenes Phlegma überwindet und in der Nationalversammlung ein vernehmliches Wort spricht. Denn ohne ihn, den vielgeschmähten, von den östlicheren Literaten überlegen mißachteten deutschen Michel kann und soll das Haus nicht gebaut werden, in dem der Wille des schwergeprüften deutschen Volkes seine Werkstatt, seinen Herd und seinen Altar aufstun wird.

Das Symptom des Versagens unserer Parteiung vor den Kriegsproblemen war die Gründung eigener Kriegsparteien, der sehr zu Unrecht so genannten Vaterlandspartei und ihres matten Widerparts, des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Man rührt an den Kernpunkt ihres Gegensatzes, so wenig man natürlich den letzteren damit ausschöpft, wenn man sie als militaristische und pazifistische Kriegspartei einander gegenüberstellt. Und wenn es sich heute als unser Grundfehler herausstellt, daß wir in allzu weitem Maße den Krieg als ein traditionell-militärisches Unternehmen auffaßten, ihn zu wenig als politischen, geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorgang, ihn vor allem allzu spät als Weltrevolution erkannten: dann ist eben damit die Einseitigkeit und Unzulänglichkeit einer spezifisch militaristischen Kriegsauffassung und Kriegsprogrammatisierung zugegeben. Wenn also auch die Vaterlandspartei an diesem Grundirrtum mit all ihren stolzen Plänen und Entwürfen gescheitert ist, gescheitert wie der eine große Mann, in dem sich ihr Wesen und Wollen monumental verkörperte: das eine Verdienst soll ihr nicht verkürzt noch geschmälert sein — sie hat unser gänzlich in innerpolitische Ziele vergafftes Volk, das in seiner überwältigenden Mehrheit ohne Kompaß und Route in diese Weltkatastrophe hineingetaumelt ist, erstmals auf große weltpolitische Ziele eingestellt. Maglos in

ihrem Ehrgeiz, unreif in ihren Methoden hat die Deutsche Vaterlandspartei doch immerhin aus weltpolitischen Antrieben heraus gedacht und gehandelt, während sich die Kreise, aus denen sich die Gegengründung rekrutierte, dem Fortschritt der Parlamentarisierung, der Entwicklung der preussischen Wahlrechtsfrage allzeit mit brennendem Interesse folgten, für die Bedeutung Belgiens als englisches Glacis, für das Problem der Balkanbrücke oder des Bollwerks im Osten aber kaum zu erwärmen waren. Wenn alle Schuld am Mißerfolg heute auf die Heißsporne aus jenem Lager gehäuft wird, dann muß um so lauter betont werden, daß im Grunde die weltpolitische Gleichgültigkeit unseres Volkes zu diesem namenlosen Zusammenbruch geführt hat.

Heute ist dieser Pazifismus oben auf. An den Verhandlungstisch, auf dem sich das deutsche Geschick auf Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte entscheiden wird, sendet eine improvisierte deutsche Regierung ihre Vertreter, die konkrete außenpolitische Ziele in ihrem Programm überhaupt nicht kennt, die in der impotenten Formel des Status quo durch all die Kriegsjahre das Heil erblickte, die den Krieg gar nicht als außenpolitisches Ereignis, die ihn nur um seiner Rückwirkung nach innen als positiven Posten einzuschätzen weiß. Wir können es nur als ein wahres Glück bezeichnen, daß die Entente wenigstens die abschließenden Friedensverhandlungen erst nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung, erst nach der Wiedereinsetzung einer für unser Gesamtvolk haftenden Regierung einleiten will. So werden wir vor dem Schlimmsten hoffentlich bewahrt bleiben, in der Friedenskonferenz lediglich durch sozialistische Utopisten und Doktrinäre ohne weltpolitischen Blick, ohne Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse auf dem Gebiete der äußeren Politik vertreten zu sein. Zugleich zeigt sich hier aber auch die Verantwortung für die nächste Zukunft, die der Arbeit der Nationalversammlung zugemessen ist. Ihre Aufgabe ist die verfassungsgemäße Begründung einer Regierungsgewalt, die die gedeihliche freiheitliche Entfaltung im Innern, zugleich aber die kraftvolle Vertretung nach außen, die Wiederherstellung der einem 70 Millionen-Volk zukommenden Weltgeltung gewährleistet. Gegenüber den gewaltigen Entscheidungen, vor denen die deutsche Nationalversammlung stehen wird, versagen die Programme der bestehenden Parteien, der Friedens- wie der Kriegsparteien samt und sonders. Die Revolution des Staates muß notwendig eine Revolutionierung der politischen Parteien nach sich ziehen. Es fragt sich nur noch, wie weit wenigstens deren Fundamente dem Wiederaufbau zunutze kommen können.

Gegen die radikale Neugruppierung unserer politischen Kräfte spricht neben der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vor allem die Erwägung, daß nach einem natürlichen Gesetz der historischen Trägheit die bestehenden Organisationen nicht von heute auf morgen zu stürzen sind, daß bei der Schaffung neuer Parteien durch das rudimentäre Fortbestehen der alten die Zerhüternung und die allgemeine Verwirrung wachsen würde. Ein allzu großer Troß urteilsloser Mitläufer, die in allen Parteien das Gros ausmachen, würde dann jeden Halt verlieren und politisch dem Schicksal von Buridans Esel verfallen. Unendlich viele Stimmen gerade aus dem bürgerlichen Lager würden zersplittert oder der Wahl überhaupt entzogen werden, den Vorteil hätte die radikale Linke, die hinter ihrem heute offiziellen Parteiprogramm in geschlossenem Zuge zur Wahlurne marschieren würde.

Der Ausweg aus dem politischen Dilemma ist gewöhnlich der Kompromiß. Daß die überkommene Parteienung ungenügend ist, wird allgemein empfunden und anerkannt. Zur Bildung eines völlig neuen Parteiensystems fehlt zunächst der Mut und die Entschlußkraft. So sehen wir allenthalben Versuche am Werk, die Parteien durch Verschmelzung bestehender Gruppen zu vereinfachen, durch Zusammenballung zu gewichtigen Stimmenkomplexen zu gelangen. Die liberalen Parteien gehen voran, nun scheint auch im konservativen Lager eine Fusion bevorzustehen. Es scheint also, daß wir einer Art von bürgerlichem Trialismus zusteuern, dem ebenfalls ein sozialistischer Trialismus entgegenstände.

Dieser Doppeltrialismus bedeutet gegenüber dem großen Dualismus unseres Kriegsparlamentarismus, hinter dem die beiden Kriegsparteien standen, einen sichtlichen Rückschritt. Vor allem aber fehlt ihm der Bezug auf die Sonderprobleme, die die Nationalversammlung lösen soll, auf die hin die Wahl der Vertreter, die Gruppierung der Abgeordneten und zugleich der Wählermassen erfolgen soll. Mit einer gewissen Abweichung von Georg Kleinow möchte ich das Bekenntnis zum Sozialismus als einem politischen Grundprinzip als den gemeinsamen Boden aller Parteien ansprechen. Seit Bismarcks Sozialpolitik, seit der Kaiserlichen Botschaft von 1881 sind wir ein sozialistisches Staatswesen, handelt es sich also nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie unseres offiziellen Sozialismus. Der Krieg vollends hat die Sozialisierung unseres Reichsorganismus soweit vorgetrieben, daß eine wesentliche Rückwärtsorientierung auch unter dem alten Regime ausgeschlossen erschien. Und bis auf die Extremisten des Spartakusbundes ist ja auch unsere sozialistische Linke überzeugt, daß die überkommenen Mächte nicht von heute auf morgen vollkommen mattgesetzt werden können, daß also auf der Nationalversammlung nur das Mischungsverhältnis sozialistischer und individualistischer Tendenzen zur Erörterung steht.

Auf dem gemeinsamen Fundament eines sozialistischen Unterbaues erheben sich nun folgende drei Lösungstypen der deutschen Verfassungsfrage: Die äußerste Linke, die am liebsten die Nationalversammlung verhindern möchte, ist für radikale Sozialisierung, für Aufhebung des Privateigentums und für Aufrichtung einer proletarischen Klassendiktatur. Außenpolitisch lehnt sie den Machtstaat, ja überhaupt die Individualisierung der Staaten völlig ab, wie ja auch in ihrem Jargon nicht von einer Verstaatlichung, sondern von einer Vergesellschaftung der Produktion die Rede ist. Man kann sie den sozialistischen Absolutismus nennen. Hugo Preuß hat dafür die glückliche Formel des „umgekehrten Obrigkeitsstaates“ gefunden.

Die gemäßigte Linke reicht von Scheidemann, ja vielleicht schon von Haase bis Bayer. Sie ist für stufenweise Sozialisierung, für Verständigung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Ausgleich des Besitzes und der Lebenshaltung, für Gleichberechtigung aller Volksschichten, für die Herrschaft der reinen Majorität. Die ihr gemäße Verfassungsform ist die zentralistische demokratische Republik. Außenpolitisch ist sie pazifistisch-föderativ und vertritt die liberale Idee des Völkerbundes. Ihre Muster sind die westlichen Demokratien, obschon sie deren Imperialismus ablehnen. Der linke Flügel dieser Partei besteht aus den bisherigen Mehrheitssozialisten und denjenigen von den Unabhängigen, die durch Beteiligung an der Verantwortung und durch die allgemeine Entspannung ihres Ressentiments in der Revolution entradikalisiert sind. Den rechten Flügel bilden der Linkliberalismus und die demokratischen Kreise des Zentrums, die sich in kulturellen Fragen ihre Sonderstellung vorbehalten. Diese Partei kann als demokratisch-republikanischer Sozialismus bezeichnet werden.

Die Rechte wird sich mit dem Häuflein Reaktionären schleppen müssen, die als Klageweiber der Revolution, als Ankläger oder Schmoller, als greisenhafte *laudatores temporis acti* ein flüchtiges Dasein fristen. Sie wird aber gut tun, diese ihre reaktionären Mitläufer möglichst unschädlich zu machen, um sich nicht ohne Not mit ihrem Odium zu belasten. Denn die Rechte hat durchaus ihre positiven Aufgaben, zumal ihr die wichtige Rolle einer Oppositionspartei zufällt, deren Gefahr freilich, nicht aber deren Notwendigkeit ein unfruchtbarer Negativismus ist. Auch die Rechte wird sich für einen organischen Fortgang der Sozialisierung auf dem Wege des Staatssozialismus einsetzen, wobei sie für eine gebührende Berücksichtigung des tiefgewurzelten seelischen Unterschiedes zwischen Stadt und Land eintritt. Dem mechanischen demokratischen Gleichheitsprinzip setzt sie das Prinzip aristokratischer Stufung entgegen, wobei sie in sehr viel stärkerem Maße als früher gegenüber dem bloßen Geburtsaristokratismus den Aristokratismus der individuellen Person und ihrer Leistung, insbesondere auch ihres geistigen

Ranges hervortritt. Dem Überwuchern der Wahl nach westlichem Muster wird die Rechte die ergänzenden sozialen Auslesemethoden insbesondere der körperschaftlichen Selbstergänzung entgegenstellen, wie sie sich in den unanfechtbaren Leistungen der preußischen Bureaukratie und des preußischen Offizierskorps glänzend bewährt hat. Die Wählbarkeit aller Beamten, die die Doktrinaire der Demokratie verlangen, führt unrettbar zu amerikanischer Korruption, der gegenüber selbst das verfallene Konnexionswesen bei uns das weitaus geringere Übel bedeutete. Überhaupt wird die Rechte für die Interessen der Körperschaften, z. B. auch der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, die eine gesunde Stufung unseres sozialen Lebens nach modernen Ausleseprinzipien herbeiführen, nach besten Kräften eintreten und eine körperschaftliche Durchkonstruktion unseres gesamten Gemeinschaftslebens fördern, die eine nötige Ergänzung zum einseitigen Parlamentarismus, dem Herrschaftsbereich der Berufspolitiker, bildet. Die Rechte dringt auf eine möglichst allseitige Auslese der berufenen Führernaturen aus allen Schichten des Volkes und tritt jeglicher, auch der parteipolitischen Oliguenthrannis entschlossen entgegen. Ihr so verstandenes modern-autoritäres Staatsideal kann sie auch innerhalb des republikanischen Rahmens in die Wirklichkeit umsetzen, hält aber an der Überlegenheit der national-monarchischen Staatsform fest. Außenpolitisch tritt die Rechte für kraftvolle Machtpolitik auch innerhalb der neuen internationalen Organisationsformen ein. Eine Abrüstung kann sie nur soweit gutheißen als diese nicht einer bedingungslosen Unterwerfung unter die anderen Weltmächte gleichkommt. Im Innern wie nach außen pflegt die Rechte die spezifisch deutschen Überlieferungen und tritt für den Schutz des Deutschtums in der ganzen Welt entschlossen ein. Die neue Rechte darf nicht lediglich aus den Konservativen bestehen, sondern muß auch die gesinnungsverwandten Kreise des Zentrums und der Nationalliberalen an sich ziehen. Daß sie damit sowohl ihren ausgesprochen protestantischen wie auch ihren betont norddeutsch-preußischen Charakter opfern muß, ist selbstverständlich. Diese Partei der größeren Rechten kann sich dann als aristokratisch-monarchischer Sozialismus bezeichnen, wobei freilich keines dieser beiden Attribute im starr überkommenen Wortsinne gebraucht werden darf.

Immerhin bleibt das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken ein Symbol, dessen Werbekraft für einen Zusammenschluß der Rechten nicht unterschätzt werden sollte. Solche weithin leuchtende Symbole der Sammlung brauchen wir, wenn wir eine Neugruppierung der Geister ernsthaft anstreben, zumal ein ganz neuer Kreis mit diesen Wahlen erstmals ins politische Leben eintritt: die deutsche Frauenwelt. Die Frauen sind noch weniger als die Männer innerlich auf die überkommenen Parteiprogramme festgelegt, an ihren bedeutsamen Einfluß appellieren wir daher auch, wenn wir zu einer Neuordnung des Parteiwesens im Hinblick auf die Grundfrage der Nationalversammlung aufrufen. Wenn die politische Erweckung der Frauenwelt richtig geleitet wird, kann sie zu einer wesentlichen Verstärkung der Rechten führen. Der konservative Grundcharakter der Frau hält ihrem natürlichen Radikalismus zum mindesten die Wage. So wird voraussichtlich die politische Mündigkeitserklärung der Frau sowohl der äußersten Linken wie der Rechten vorzugsweise zugute kommen. Alle Parteien aber werden jetzt um die Frau werben müssen. Schon dieser Gesichtspunkt allein sollte für die Aufrichtung völlig neuer Tafeln in unserem politischen Leben entscheidend sein.

